

**ZWISCHEN OSTEN UND WESTEN. DIE WICHTIGSTEN
PROBLEME IN DEN WIRTSCHAFTLICHEN
BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER UKRAINE,
RUSSLAND UND POLEN**

Elżbieta Daszkowska

Wirtschaftshochschule in Warschau

Abstraktum. Seit der Wiedergewinnung der staatlichen Unabhängigkeit im Jahre 1991, vollzieht sich in der Ukraine ein tief greifender politischer und wirtschaftlicher Wandel. Darüber hinaus wollen die Ukrainer der Europäischen Union beitreten. Andererseits ist allerdings zu beobachten, dass die Ukraine zu Beginn ihrer Staatlichkeit immer noch im Zentrum des Interesses der Russischen Föderation steht. Russland kann weder politische noch wirtschaftliche Unabhängigkeit seiner ehemaligen Republik akzeptieren und übt deswegen einen starken politischen Druck auf ihren westlichen Nachbarnstaat. Dies hat zum Ziel, die Ukraine in seiner Einflussphäre zu behalten. Angespannte Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland haben auch einen gewissen Einfluss auf bilaterale Beziehungen dieses Staats zu Polen.

Schlüsselworte: Druckmittel, energetische Unabhängigkeit, Importverbot von Fleisch aus Polen, Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union

EINLEITUNG

Als unmittelbare Folge des Zerfalls der Sowjetunion erschienen auf der politischen Landkarte einige neue Länder, davon auch die Ukraine. Wegen ihrer geographischen Lage und des vorherrschenden Modells der sozialistischen Wirtschaft kann im Falle dieser Länder von einem „russischen Faktor“ die Rede sein, dh. einer großen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Russischen Föderation. Russland versucht wieder zu einer Weltmacht zu werden und strebt konsequent danach, ehemalige Sowjet-

republiken in seiner Einflussphäre zu behalten. Eine genaue Analyse von Verbindungen derart am Beispiel der Ukraine verweist darauf, dass Russland sehr oft einen wirtschaftlichen Druck auf seine ehemaligen Republiken ausübt, um dadurch seine wirtschaftlichen und politischen Pläne durchzusetzen. Dabei findet die sog. Methode „Stock und Möhre“ die Anwendung. Die Analyse des Falls der Ukraine bildet einen wichtigen Forschungsbeitrag, mit dem die politischen Veränderungen in einem Staat beobachtet werden, der zugleich den Beitritt zur Europäischen Union anstrebt. Andererseits können am Beispiel des westlichen Nachbarn Polens Druckmittel erkannt und beschrieben werden, welche Russland gegenüber seinen ehemaligen Republiken einsetzt, um ihnen die Betreuung einer souveränen Wirtschaftspolitik zu verhindern. Dabei werden die ehemaligen Republiken der Sowjetunion in der russischen Sprache als „näheres Ausland“ bezeichnet.

Ziel dieses Beitrags ist es, die komplizierte geopolitische und wirtschaftliche Lage der Ukraine darzustellen. Eines Staats, der zwar eindeutig die Integration mit Europa anstrebt, allerdings zugleich bei Erstellung seiner politischen und wirtschaftlichen Bilanz, eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland hinnehmen muss. Der Autor dieses Beitrags überlegt zugleich, welchen Weg der Entwicklung dieses Land nun einschlagen soll. Kommt heute der Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union überhaupt in Betracht? Oder sind die Erwartungen dieses Staates zu hoch und das Land sollte lieber als eine „Brücke“ zwischen den Ländern der Westeuropa und Russland dienen?

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland

Die Analyse der häufigsten Ursachen für wirtschaftliche Konflikte zwischen der Ukraine und Russland verweist eindeutig darauf, dass insbesondere beim Energiesektor Druckmittel erkannt werden können, die durch Russland gegenüber seinen westlichen Nachbarstaat eingesetzt werden. Dies ist mindestens auf zwei Gründe zurückzuführen. Ein unruhliches Erbe der Planwirtschaft ist es eine enorme Energieintensität der ukrainischen Wirtschaft. Die Wirtschaft der Ukraine gehört übrigens zu den energieintensivsten Wirtschaften der Welt [Górska 2006]. Dies war wiederum die Folge eines übermäßigen Ausbaus der ukrainischen Schwerindustrie, was im Endeffekt unmittelbar die Verstärkung der Verbindungen dieses Staats zu Russland begünstigte. Denn Russland bleibt nach wie vor ein bedeutender Rohstoff-, vor allem Öl- und Gasproduzent. Des Weiteren ist die Abhängigkeit der Ukraine von Rohstofflieferungen aus Russland durch niedrige Preise für Gas verstärkt. Diese liegen viel tiefer als der Weltmarktpreis. Die Politik der differenzierten Preise für Gas, welche von Moskau betrieben wurde und weiterhin betrieben wird, kommt dadurch zum Ausdruck, dass der Erdgas nach Weißrussland zu niedrigsten Preisen verkauft wird (etwa 30 USD je 1000 m³). Etwas mehr zahlt die Ukraine (50 USD je 1000 m³) und die höchsten Preise für Gas bietet Russland den baltischen Staaten (etwa 80 USD je 1000 m³) an [Wiśniewska 2003]. Dadurch konnte Russland mehrmals seine Vorteile im Energiesektor ausnützen, um dadurch die Ukraine zu Zugeständnissen zu zwingen, die für die Russische Föderation durchaus profitabel waren. Die geradezu vollständige energetische Abhängigkeit der Ukraine bringt Russland messbare Vorteile. Russland hat unter anderem die Möglichkeit, einen starken Einfluss auf die ukrainische Politik zu üben, sowie Rohstoffressourcen und Ausfuhren in den ehemaligen Sowjetrepubliken unter Kontrolle zu halten. Dadurch

können wiederum Öl- und Gaspipelines durch Russland kontrolliert werden, mit denen Rohstoffe aus Russland nach Mittel- und Westeuropa transportiert werden. Aus diesem Grund hat Russland die Preise für Energierohstoffe geändert bzw. die Politik des „abgedrehten Hahnes“ betrieben, dh. der Kürzung von Öl- bzw. Gaslieferungen [Miłow 2006]. Moskau betreibt gerne die Erpressungspolitik gegenüber seinen verschuldeten GUS-Partnern. Dies hat zum Ziel, entweder die Anteile dieser Staaten an Gesellschaften zu übernehmen, die sich mit Gasvertrieb beschäftigen, oder in Besitz von wichtigsten Objekten und Elementen der Infrastruktur zur Förderung und zum Transport von Rohstoffen in der jeweiligen Region zu kommen. Es sei darauf hingewiesen, dass die energetischen Fragestellungen ein wichtiges politisches Instrument darstellten, sowohl vor, als auch nach der „Orangen Revolution“. Diese These wird durch die Tatsache untermauert, dass im Jahre 2004 der prussische Politiker W. Janukowytsch eine ganze Reihe von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Energetik unterschrieben ließ, wodurch die bestehende Asymmetrie bei wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten noch weiter zugunsten Russland vertieft wurde. Im Gegenzug hat Russland auf Erhebung der Mehrwertsteuer in Höhe von 18% für das ausgeführte Gas und Öl verzichtet [Szeptycki 2007]. Dass Russland weiterhin seine wirtschaftlichen Vorteile gegenüber der Ukraine stärken wollte, zeugen eindeutig weitere Maßnahmen der Russischen Föderation. Im Januar 2006, nach dem Wahlsieg des proeuropäischen Politikers W. Juschtschenko, hat Russland die Gaslieferungen für seinen westlichen Nachbar eingestellt und einen Marktpreis für Erdgas verlangt. Dies bedeutete eine Erhöhung von Gaspreisen auf 220-230 USD für 1000 m³ (vor diesem Hintergrund erscheint die Aussage des stellvertretenden Chefs des Konzerns Gasprom besonders interessant. Dieser sagte im Juli 2005, dass der mit der Ukraine geschlossene Vertrag, nach dem der Preis in Höhe von 50 USD für 1000 m³ aufrechterhalten werden soll, durchaus günstige Transitbedingungen für Gasprom bedeutet [Miłow 2006]. Außer der Lust, die Ukraine zu „bestrafen“ für die Wahl eines Politikers, der die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes sich eindeutig nach dem westlichen Modell vorstellte, wollte Russland eindeutig zu Verstehen geben, dass die ukrainische Wirtschaft nicht mehr subventioniert werden sollte (Russland hatte kein Interesse mehr dabei). Darüber hinaus hat Russland darauf gehofft, angesichts der Energiekrise neue ukrainische Machthaber nicht nur auf der internationalen Bühne, sondern auch bei der einheimischen Gesellschaft zu diskreditieren. Dies sollte die Machtübernahme, durch Politiker, die vom Kreml unterstützt wurden erleichtern. Schließlich stimmten die Ukrainer der „vorgeschlagenen“ Erhöhung der Preise für Energierohstoffe zu. Die beiden Länder haben dann im Januar 2006 einen für beide Seiten ungünstigen Vertrag abgeschlossen, in dem die Bedingungen der Zusammenarbeit im Erdgassektor festgelegt wurden. Es ist allerdings zu beachten, dass im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Ukraine über eine sehr starke Waffe verfügt. Im Hoheitsgebiet der Ukraine befinden sich nämlich die wichtigsten Gaspipelines, mit den 80% des russischen Erdgases nach Westeuropa transportiert wird [Grigoriew und Salichow 2006]. Lieferungen von Energierohstoffen müssen im Kontext der Sicherheit der Energieversorgung in Europa betrachtet werden. Dieses Argument ist sowohl für Russische Föderation wichtig, welche zu Ausfuhren von Öl und Erdgas „verurteilt“ ist und deren Präsenz auf dem gewinnbringenden Gemeinschaftsmarkt ein wichtiges Ziel der Öl- und Gaspolitik bildet, als auch für die Ukraine, die der Europäischen Union beitreten will. Die strategische Lage des östlichen Nachbarn Polens auf der wirtschaftlichen Landkarte Russlands wird allerdings nicht

einmal dadurch verändert, dass Russland den Bau einer Gaspipeline unter der Ostsee plant (welche die Ukraine umgeht). Denn Erdgas aus Russland soll dadurch auf nordeuropäische Märkte gelangen, wo zurzeit überhaupt keine Gaslieferungen stattfinden. Heute sind die Erdgaslieferungen über andere Wege für sonstige Teile Europas kaum möglich. Es ist hier zu betonen, dass selbst wenn der Bau einer Pipeline durch die Türkei tatsächlich gelingt (was ungefähr 10 Jahre dauern kann), bleibt die Ukraine weiterhin der wichtigste Partner Russland bei Gaslieferungen. Denn über die ukrainischen Pipelines wird mehr als 50% des Erdgases aus Russland transportiert [Miłow 2006].

Die Versuche Russlands, eine Integrationsgruppierung wie etwa Einheitlicher Wirtschaftsraum auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu schaffen, sich nicht anders zu deuten, als ein Versuch sich die ehemaligen Satellitenstaaten in wirtschaftlicher und institutioneller Hinsicht unterzuordnen. Es war gerade Russland, das Mitte September 2003 die Gründung der oben genannten Integrationsgruppierung unter Beteiligung von Weißrussland, der Ukraine und Kasachstan vorgeschlagen hatte [Eberhard und Guryń 2003]. Trotz hochtrabender Worte der russischen Machthaber, nach denen der Gründung neuer Integrationsstrukturen die Konvergenz der wirtschaftlichen Interessen zugrunde lag (es wurde geplant, eine Zollunion zu schaffen, was durchaus eine tiefe wirtschaftliche Integration bedeuten würde), hat sich herausgestellt, dass diese neue Gemeinschaft keine bedeutenden Erfolge bei der Liberalisierung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten zu erzielen vermag. Es ist darüber hinaus zu betonen, dass die Gründung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Zweckgemeinschaft, nicht im nationalen Interesse aller Staaten liegt, die im Rahmen des Einheitlichen Wirtschaftsraums vereinigt wurden. Wenn Russland die Schaffung einer Zollunion im Rahmen dieser Organisation für eine notwendige Integrationsstufe hält, so macht die Ukraine keinen Hehl daraus, dass sie nur Aufrechterhaltung des Einheitlichen Wirtschaftsraums in Form einer Freihandelszone erwartet. Bisherige Maßnahmen Moskaus zeugen eindeutig davon, dass das Hauptziel der russischen Außenpolitik ist es, die ehemaligen Sowjetrepubliken in seiner Einflussphäre zu behalten, sowohl in wirtschaftlicher, als auch in politischer Hinsicht. Sollte nämlich eine Zollunion geschaffen werden, so könnte die Ukraine automatisch keine unabhängige Handelspolitik gegenüber Drittländern betreiben, was den Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union praktisch unmöglich machte.

Vor diesem Hintergrund ist es zu bemerken, dass die Handelspolitik immer dann zu einem wichtigen Argument wird, wenn es zwischen Russland und seinem westlichen Nachbarstaat zu Spannungen kommt. Dafür sprechen sowohl die geographische Lage, als auch Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten, die sich mehrere Jahrzehnte hindurch im Rahmen der sozialistischen Wirtschaft herausgebildet hatten und heute noch als Instrument bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen dienen. Russland ist der wichtigste Handelspartner der Ukraine. Im Jahre 2005 betrug der Wert der Einfuhren aus Russland rund 13,8 Mld. USD. Die Ausfuhren nach Russland sind auf rund 8,6 Mld. USD geschätzt [Szeptycki 2007]. Russland produziert Waren, die von größter Bedeutung für die ukrainische Wirtschaft sind. Dabei handelt sich zum Beispiel um: Energierohstoffe, sowie Industriemaschinen und – geräte. Nach Russland werden hingegen vor allem maschinentechnische Einrichtungen, Metalle und Lebensmittelerzeugnisse ausgeführt. Da sich die Ukraine auf Herstellung von Produkten spezialisiert, die im Allgemeinen auf dem Weltmarkt leicht zugänglich sind, spielen die Handelsbeziehungen für dieses Land eine viel wichtigere Rolle als für Russland. Außerdem ist der aufnahmefähige, russische Markt mit geradezu 150 Millionen Verbrauchern, äußerst

wichtig für den ukrainischen Export. Es ist daher kaum verwunderlich, dass sich die Ukraine für die Liberalisierung des Handels auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einsetzt, indem sie neue Absatzmärkte zu gewinnen versucht. Russland vertritt in dieser Frage eine deutlich andere Meinung, indem es Interesse der einheimischen Produzenten schützt. Zu diesem Zweck begann Russland seit 1999 einige Antidumpingmaßnahmen zu ergreifen, die in den Jahren 2000-2002 gegen die meisten Lebensmittel-erzeugnisse (Geflügel, Stärke, Melasse) und Industrieerzeugnisse (vor allem Kompressor für Kühlgeräte, Kugellager, Röhre) aus der Ukraine gerichtet wurden [Hryniewski 2001]. Um die bestehenden Spannungen zwischen den beiden Ländern abzubauen, hat die russische Seite vorgeschlagen, einen bilateralen Vertrag abzuschließen, in dem die Höchstmengen hinsichtlich der Einfuhren der ukrainischen Erzeugnisse nach Russland festgelegt werden sollten. Die Unterzeichnung dieses Vertrags war für die ukrainischen Machthaber ein schwerer Kompromiss, denn etwa 45% der Exporte von Metallerzeugnissen aus der Ukraine gelang direkt auf den russischen Markt [Szeptycki 2007]. Dass Russland die Maßnahmen der Handelspolitik tatsächlich instrumentalisiert, zeugen die Entwicklungen im Jahr 2005/2006. Damals hat der stärkere Wirtschaftspartner das Importverbot für ukrainische Fleisch- und Milcherzeugnisse verhängt, indem es Gesundheitsbedenken ins Feld führte. Die Folgen dieser Maßnahmen, samt den weit gehenden Konsequenzen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, sind im weiteren Teil des vorliegenden Beitrags behandelt.

Probleme im Handel zwischen Polen und der Ukraine

Einfuhrverbot für Fleisch und Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Polen wurde durch die Ukraine am 26. März 2006 verhängt. Offizieller Grund dafür war der Schmuggel der Fleischprodukte über die polnisch-ukrainische Grenze ohne vorgeschriebene Veterinär- und Ursprungsbescheinigungen. Ursprünglich hat die Ukraine lediglich die Verschärfung der Grenz- und Zollkontrollen verlangt. Die ukrainischen Behörden haben dann erklärt, dass die Aufhebung des Importverbots nur eine technische Angelegenheit sei und solle innerhalb von wenigen Tagen erfolgen. Im Folgenden haben die Ukrainer Kontrollen in Fleischbetrieben verlangt, die ihre Erzeugnisse auf den Ostmarkt exportieren. Obwohl der von der Ukraine genannte Grund für die Verhängung des Importverbots auf keinen Fall für den legalen Import des Fleisches aus Polen zutrifft, hat die ukrainische Seite die Aufhebung des Verbots von der Durchführung eines Audits und Kontrollen in Fleischbetrieben durch polnische Veterinärdienste abhängig gemacht. Im Anschluss daran wurden 2006 Kontrollen in 23 Fleischbetrieben durchgeführt. Obwohl die Ergebnisse dieser Kontrollen durch ukrainische Partner durchaus positiv bewertet wurden, hat nur ein Fleischbetrieb „Prószyńscy“ eine erneute Genehmigung für den Export seiner Erzeugnisse auf den ukrainischen Markt bis 25. Januar 2007 erhalten. Dabei hat die ukrainische Administration nicht erklärt, warum dieser und nicht anderer Betrieb für den Export des polnischen Fleisches und Fleischerzeugnisse in die Ukraine zugelassen wurde. Die ukrainische Seite hat zudem nicht erklärt, ob nach Ablauf der oben genannten Frist der Betrieb „Prószyńscy“ weiterhin seine Produkte in die Ukraine exportieren kann [Naszkowska 2007]. Schließlich hat die Ukraine am 14. Februar 2007 das Einfuhrverbot für Fleisch und Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Polen aufgehoben. Damit dürfen schon wieder 23 polnische Fleischbetriebe, nach dem sie durch ukrainische Veterinärinspektion positiv bewertet wurden,

erneut ihre Produkte auf den ukrainischen Markt exportieren [Lepper 2007]. Obwohl die rechtlichen Hindernisse beseitigt wurden, werden aus Polen nur relativ geringe Mengen von Fleisch und Erzeugnisse tierischen Ursprungs auf diesen Ostmarkt exportiert. Allerdings ist der Wert der Ausfuhren von Fleischerzeugnissen in die Ukraine im Jahre 2004 auf rund 17 Mio. EUR geschätzt, was einem Anteil von 17% an der gesamten Ausfuhr von Schweinefleisch in Polen entspricht [Naszkowska 2007]. Der Grund für diese Entwicklungen liegt in einer geringen Effizienz des Exports, was wiederum auf hohe Zollsätze in der Ukraine, sowie Verdrängung polnischer Produzenten aus dem Ostmarkt durch Hersteller aus anderen Ländern zurückgeht. In der landwirtschaftlichen Presse ist die Meinung weit verbreitet, dass die Ursachen für die Verhängung des Importverbots vielmehr auf den Einfluss der Lobby der ukrainischen Produzenten zurückzuführen sind. Diese, in der Ukrainischen Agrarkonfederation, und im „Verband der Geflügelzüchter“ vereinigt und durch Politer der sozialistischen Parlamentsfraktion des Blocks Julija Tymoschenko unterstützt, verlangten die Umsetzung protektionistischer Maßnahmen zum Ziel des Schutzes des einheimischen Wirtschaftsektors, auf dem das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage infolge des Imports konkurrierender Produkten gestört werden sollte [Darski i in. 2007]. Im Endeffekt ist die Rentabilität der tierischen Erzeugung geringer geworden. Im Jahre 2006 zeichnete sich die ukrainische Landwirtschaft durch einen geringen Tierbestand im Verhältnis zu Produktions- und Marktbedürfnissen. Drastischer Produktionsrückgang machte sich hingegen bemerkbar in Bezug auf Rinderhaltung, davon auch bei Schlachtrindern. Ein gewisser Produktionsanstieg wurde nur bei Geflügel- und Schweinefleischerzeugung verzeichnet. Dies war in großem Maße die Folge der Ablösung von einer zentral geplanten Wirtschaft und der damit einhergehenden Auflösung der Kolchose [Chomczuk 2002]. Zur rückläufigen Entwicklung des Produktionspotentials hat zudem der Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe beigetragen, welche noch keine bedeutende Rolle in der ukrainischen Wirtschaft spielen. Mangelnde Stabilisierung und keine rationale Preispolitik des Staats haben darüber hinaus zur Folge, dass die Entwicklungsperspektiven für den langsam entstehenden Privatsektor in der Landwirtschaft eher miserabel aussehen. Die Nachfrage nach Fleisch und Fleischerzeugnisse lässt zwar nicht nach, ihre Struktur bleibt allerdings grundsätzlich unverändert. Nach wie ist die Nachfrage sehr hoch bei Schweine- und Geflügelfleisch. Rückläufige Tendenzen sind dagegen bei Rinder- und Kalbfleisch zu beobachten. Dies ist wiederum auf ein geringes Angebot an diesen Produkten und die damit verbundenen relativ hohen Preise für diese Erzeugnisse zurückzuführen.

Angesichts der Lage der ukrainischen Landwirtschaft kann eine These aufgestellt werden, dass gerade eine schwierige Situation in diesem Wirtschaftssektor der Hauptgrund für die Verhängung Einfuhrverbot für Fleisch und Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Polen war. Außer der oben dargestellten Entwicklungen auf dem Binnenmarkt, musste sich der östliche Nachbar Polens an die russische Außenpolitik anpassen. Russland war nämlich das erste Land, das im November 2005 Einfuhrverbot für Lebensmittel aus Polen verhängte. Einen Monat später folgten gleiche Maßnahmen gegen die Ukraine und zwar unter dem Vorwand, die Ukraine lässt Transporte polnischer Lebensmittel durch, die dann auf den Tisch der Verbraucher in Russland gelangen [Naszkowska 2006]. Als ein Land, das über 60% der Milcherzeugnisse, sowie beträchtliche Mengen an Fleisch, insbesondere Rindfleisch, auf dem russischen Markt verkauft,

konnte die Ukraine die Maßnahmen ihres stärkeren Partners nicht bagatellisieren, weil diese eine ernsthafte Destabilisierung des ukrainischen Binnenmarkts zur Folge hatten.

Ein weiteres Problem im Handel mit der Ukraine ist die Einführung am 1. Januar 2007 durch die Ukraine eines Einfuhrlicenzverfahren für Rinder, Schweine, Fleisch und Fleischerzeugnissen, Geflügel- und Schweinefett, sowie Zucker und Zuckersirup [System licencjonowania... 2006]. Polen hat mehrmals die ukrainischen Behörden um Auskünfte über Grundsätze für die Ausstellung der Einfuhrlicenzen für diese Produkte ersucht. Leider ist diese Angelegenheit bis heute nicht abgeklärt. Dies ist allerdings umso wichtiger, dass nach Angaben der polnischen Behörden keine Einfuhrlicenzen für lebende Schweine ausgestellt werden. Damit haben wir regelrecht mit einem Einfuhrverbot und somit ernsthaften Problemen bei wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine zu tun. Der ukrainische Markt ist für polnische Schweinefleischerzeuger nicht nur deswegen wichtig, weil der Wert der Ausfuhren aus Polen im Jahr 2005 rund 11 902 000 EUR betrug, sondern auch wegen seiner Besonderheit. Die Fachleute vom Institut für Landwirtschaftsökonomik und Ernährungswirtschaft vertreten die Auffassung, dass auf den Ostmärkten Mastschweine mit mehr Fett, sowie sonstige Fleischerzeugnisse verkauft werden können, die weder in der UE noch in Asien Absatz fänden [Rycombel 2007].

Überblick der Beziehungen EU-Ukraine

Bis 2004 war die Ukraine als ein Land betrachtet, das sowohl in politischer und wirtschaftlicher, als auch in kultureller Hinsicht on Russland in großem Maße abhängig war. Moskau versuchte die junge Staatlichkeit der Ukraine zu diskreditieren, indem sie als verfrüht und unreif bezeichnete und ihre baldige Integration mit der ehemaligen Metropole oder gar deren Zerfall prophezeite. Es erscheint, dass das von Russland verbreitete negative Bild der Ukraine auf Verständnis bei westeuropäischen Ländern gestoßen ist. Diese sind daran gewöhnt, ehemalige Sowjetrepubliken im Mittel- und Osteuropa als eine natürliche Einflussosphäre Russlands zu betrachten. Eine unmittelbare Folge dessen, dass die Ukraine „in eine Schublade gesteckt“ wurde, war eine allgemeine Überzeugung, dass dieses Land nicht in der Lage sei, seine eigene Strategie der Außenpolitik zu entwickeln, so wie zum Beispiel Weißrussland oder Moldawien. Daher kam in den 90-er Jahren die Ukraine überhaupt nicht in Betracht als potenzieller NATO- oder EU-Kandidat.

Erst nach der Orangen Revolution kam es zu einem deutlichen Durchbruch in der Wahrnehmung der Ukraine durch die westlichen Demokratien. Seitdem wurde sie nicht mehr als Vasall Russlands, sondern vielmehr als ein selbständiger Akteur auf der internationalen Bühne angesehen, der in der Lage ist, selbständig internationale Beziehungen zu pflegen. Kompromisslose Haltung Kiews angesichts der Ereignisse im Jahr 2004/2005 und sehr starke Unterstützung der Ukraine seitens Polen, zwang die Europäische Union dazu, eine neue Richtung und eine neue Dynamik bei der Zusammenarbeit mit der Ukraine zu entwickeln. Dies manifestierte sich unter anderem in der Resolution des Europäischen Parlaments vom 13. Januar 2003 „Über die Wahlen in der Ukraine“ [Konończuk 2007]. Obwohl dieses Dokument einen reinen politischen Charakter hatte und keine rechtliche Verpflichtungen hinsichtlich des Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union vorsah, enthielt die Resolution auch eine Erklärung, nach der „der Ukraine eine klare europäische Perspektive gegeben werden soll“ [Konończuk 2007].

Es ist allerdings zu beachten, dass in den westeuropäischen Ländern immer noch Befürchtungen bestehen hinsichtlich der Reaktion von Moskau auf den eventuellen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Diese sind besonders in Deutschland und in Frankreich und etwas weniger in Italien und in Großbritannien verbreitet. Die Notwendigkeit, gute Beziehungen mit Russland zu pflegen, sah auch der ehemalige Präsident Frankreichs Jacques Chirac, der einmal sagte: „Als Europäer möchte ich vor all dem warnen, was zu Missverständnissen zwischen Russland und der EU führen kann (...). Für Europa, aber auch für Russland ist es äußerst wichtig, dass unsere gegenseitigen Beziehungen sich gut entwickeln“ [Chirac 2005]. Die Meinung des französischen Politikers wurde auch durch den ehemaligen deutschen Bundeskanzler G. Schröder geteilt. Dieser sagte, dass „es zu den Grundtatsachen der europäischen Politik gehört, dass Sicherheit auf unserem Kontinent nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland zu erreichen ist“ [Jasiński 2005]. Die im Westeuropa weit verbreiteten Befürchtungen, der Erweiterungsprozess zur Quelle neuer Konflikte mit Russland werden kann, haben durchaus reale politische und wirtschaftliche Begründung. Freundliche Beziehungen zu Moskau können nämlich ein Gegengewicht für Beziehungen mit den USA bilden und somit die Entwicklung der globalen Multipolarität begünstigen, was insbesondere Frankreich plädiert. Ebenso wichtig sind die wirtschaftlichen Gründe. Denn Russland ist der wichtigste Lieferant von Energierohstoffen, der über einen enormen Absatzmarkt verfügt. Auf dem russischen Markt investieren zudem verstärkt die Unternehmen aus der EU. Auch in der EU selbst wird immer häufiger befürchtet, dass der Beitritt neuer Mitgliedstaaten in kürzerer Zeit zu einer ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft führen würde. In westeuropäischen Ländern – insbesondere in Deutschland und in Frankreich, ist die Meinung weit verbreitet, dass innerhalb der EU ein Problem des Sozialdumpings besteht und zwar wegen der Unterschiede hinsichtlich der Kosten der Produktion, Lohnniveau und niedrigerer Arbeitsstandards in den neuen Mitgliedsstaaten. All diese Aspekte sind bei der Gestaltung internationaler Beziehungen zwischen EU und der Ukraine so wichtig, dass man Bedenken äußert, ob der EU neue Staaten beitreten sollen, die durch Russland als „Bereich der unmittelbaren Nachbarschaft“ betrachtet werden. Andererseits muss man sich darüber klar sein, dass die Ukraine konkrete Pläne hinsichtlich des Beitritts zur Europäischen Union hat. Davon zeugt die Aussage der Ministerpräsidentin der Ukraine Julija Timoschenko, die meinte, dass „obwohl sich in den letzten Wochen das Klima zum EU-Beitritt verschlechtert hatte, wird die Ukraine ihre Pläne nicht ändern. Über kurz oder lang werden wir in dem gemeinsamen europäischen Haus wohnen“ [Timoschenko 2005]. Es erscheint, dass angesichts einer solchen eindeutigen Erklärung die EU nicht gleichgültig gegenüber den europäischen Bestrebungen der Ukraine bleiben kann. Die EU will darüber hinaus weiterhin die Förderung des Demokratisierungsprozesses und Festigung der Marktwirtschaft vorantreiben (was der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft zugrunde lag). Und die Ukraine soll ihrerseits alles in ihrer Macht Stehende tun, um der WTO möglichst schnell beitreten.

Die Mitgliedschaft in dieser Organisation wird diesem Staat messbare Vorteile in der ökonomischen Sphäre bringen (Handelsaustausch zwischen den zur WTO gehörenden Staaten wird auf der Basis der Klausel der Meistbegünstigung geführt), und zusätzlich wird es das Prestige des Landes auf der internationalen Bühne steigern und die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme an der Schöpfung der Prinzipien, nach denen das gegenwärtige Welthandel abgehalten wird, sichern. Außerdem ist der Beitritt der Ukrai-

ne zur WTO besonders wichtig für diesen Staat in Anbetracht der jetzigen Spannungen, die in den Beziehungen mit Russland auftreten. Ein zur WTO beitretendes Land muss die Akzeptanz aller Mitgliedstaaten dieser Organisation beschaffen, was in der Praxis der Ukraine die Möglichkeit sichert, die künftigen Verpflichtungen Russlands zu beeinflussen, und im Ernstfall sogar den Beitritt Moskaus zu blockieren. Man muss betonen, dass die Möglichkeit des Gebrauchs durch die Ukraine der erwähnten Werkzeuge durchaus real ist, weil Kiew weitaus mehr fortgeschritten bei Anpassung der einheimischen Gesetzgebung an den WTO-Vorschriften im Vergleich zu Moskau ist. Ferner, vergrößert die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation Aussichten des Beitritts der Ukraine zur EU, weil es die Gespräche zum Thema der Bildung der Freihandelszone mit EU zu beginnen erlaubt, was ein ungewöhnlich erster Schritt auf dem Weg der Erweiterung der integrativen Gruppierung der Staaten des Westlichen Europas nach Osten ist. Heutzutage scheint es jedoch, dass die Stellung der EU in Bezug auf die Perspektive einer vollen Integration der Ukraine mit den westeuropäischen Staaten gut durch die Äußerung der Kommissarin für Außenbeziehungen B. Ferrero – Wadner zum Ausdruck gebracht wurde „die Tür ist weder geschlossen noch offen“ [Konończuk 2007]. Nach der Periode der mit der „Apfelsinenrevolution“ erregten Euphorie und einer tiefen Unterstützung für Wandlungen, die auf der Ukraine in bilateralen Verhältnissen dieses Landes mit EU vollbracht werden, hat die Geschäftsstille geherrscht, weil man zu keiner Verständigung gelangt hat, die Kiew Brüssel nähern würde. Die Erklärung solcher Sachlage liegt vor allem am Mangel an einem angemessenen Klima für die Erörterung über eine weitere Erweiterung. Man kann eine These wagen, dass Europa die Zeit für die Verengung der integrativen Bindung braucht, die im Ergebnis der zweimaligen Erweiterung von EU im Mai 2004 und im Januar 2007 angeknüpft wurden. In vielen europäischen Staaten herrscht jedoch die Überzeugung, dass der Beitritt neuer Länder stark mit der Kohärenz der ganzen Europäischen Gemeinschaft erschüttern wird. Der Vorsitzende der Europäischen Kommission J.M. Barroso meint, dass „EU Zeit braucht, um das zu verdauen, was sie bisher geleistet hat und das betrifft auch die Unterbrechung vor den folgenden Akten ihres Erweiterns“ [Konończuk 2007]. An dieser Stelle ist es darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeiten des Beitritts der Ukraine zur EU in einem großen Maße allein von ihr abhängen, weil die Politik der Europäischen Union in diesem Aspekt einen reaktionsfähigen Charakter hat, was bedeutet, dass sie den Handlungen des Partners angepasst ist, also die Ukraine kann eine aktive Rolle im Bestimmen des Tempos der Integration mit der EU, besonders im Bereich des Handelsaustausches, spielen. Das gegenwärtig geltende Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA) zwischen der EU und der Ukraine wurde am 16. März 1994 unterzeichnet, aber am 1. März 1998 ist es in Kraft getreten. Diese Rechtsurkunde entspricht der Eigenart der bilateralen Beziehungen EU-Ukraine, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts gestaltet wurden, nicht mehr. Ferner, die Notwendigkeit der Beschleunigung der Arbeiten über das kommende PCA folgt der Tatsache, dass die Gültigkeit des gegenwärtig verbindlichen PCA am 1. März 2008 abläuft. Unter Beachtung der europäischen Aspirationen der Ukraine ist es anzunehmen, dass das künftige Abkommen PCA das Fundament der Freihandelszone schaffen kann und zum Beweise dessen dient die Entscheidung der EU, die im Dezember 2005 diesem Staat den Status der Marktwirtschaft gewährt hat. Es wurde betont, dass die weiteren präferentiellen Handelsprinzipien bildenden Schritte vom Beitritt der Ukraine zur WTO abhängig sind. Man kann also vermuten, dass das neue Abkommen PCA eine Form des

Assoziierungsabkommens, das mit den europäischen Verträgen verwandt ist, die zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten Mittelosteuropas abgeschlossen wurden. Es ist anzunehmen, dass die Fragen der energetischen Sicherheit einen besonderen Platz im künftigen Abkommen finden werden, in Rücksicht auf das Gewicht, das Europa auf das Thema der energetischen Sicherheit legt. Der neue Vertrag sollte als die folgende Etappe auf dem Weg der Ukraine zur EU behandelt werden, die die bilateralen Beziehungen den herrschenden gegenwärtigen Verhältnissen anpassen wird, gleichzeitig ohne jegliche Garantie, dass die Erweiterung der UE nach Osten um dieses Land ein erfolgreiches Ende nehmen wird.

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ein übergeordnetes Ziel der Außenpolitik Russlands angesichts der Ukraine ist die Erhaltung dieses Landes in seinem Einflussbereich und die Fortsetzung der Wirtschaftszusammenarbeit auf den von Moskau diktierten Prinzipien, in der Verbindung mit dem Prozess der Alienation der Kontakte der Ukraine mit ihren westlichen Nachbarn. Diese Ziele werden mittels eines breiten Fächers der Wirtschaftswerkzeuge verwirklicht, zu denen es anzurechnen ist: veränderliche Prinzipien der energetischen Zusammenarbeit (die Änderungen der Preise der energetischen Rohstoffe, das Limitieren ihrer Lieferungen). Dieses Werkzeug wird durch Russland am häufigsten in Rücksicht auf die Leichtigkeit und Wirksamkeit seiner Anwendung angewendet, obwohl sein Gebrauch automatisch zu Spannungen zwischen Russland und mit den übrigen Staaten Westeuropas führt. Die zweite Kategorie der Werkzeuge der Einwirkung Russlands auf ihren westlichen Nachbar schließt die förmlich-rechtlichen Werkzeuge ein. Moskau schlug mehrmals der Ukraine den Abschluss der Abkommen vor, die im Endeffekt die Dominanz Russlands auf der Wirtschaftsebene verstärken würden und außerdem diese Verträge würden eine tiefe Ungleichförmigkeit der potentiellen Wirtschaftsvorteile zugunsten Moskau kennzeichnen. Russland gebraucht protektionistische Werkzeuge im Bereich der Handelspolitik, indem es zur Einleitung der Antidumpingprozedur greift oder die Einfuhrsperre der Produkte, die Schlüsselbedeutung im Export der Ukraine auf den russischen Markt haben, einführt. Es lohnt sich zu betonen, dass diese letzten Handelsbeschränkungen zu Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit ihren westlichen Nachbarn, darunter mit Polen, führen. Im Anschluss an die oben dargestellten Ausführungen ist es zu bemerken, dass es für Russland schwer ist, auf das Abspielen der Rolle des Oberherrschers seinen ehemaligen Republiken gegenüber zu verzichten. Die Ukraine dagegen ist in der kurzfristigen Perspektive nicht in der Lage, sich von der mehrdimensionalen Abhängigkeit von der ehemaligen Metropole zu befreien.

Nach der Erlangung der Souveränität hat sich die Ukraine einige strategische Prioritäten in der Außenpolitik festgesetzt, solche wie:

- Normalisierung der Beziehungen mit Russland nach dem Prinzip der Partnerschaft,
- Erlangung einer stabilen Lage auf der internationalen Bühne,
- Mitgliedschaft in EU.

Die tief greifende Möglichkeit der Verwirklichung der oben erwähnten Ziele schafft der ukrainischen Seite die geplante Mitgliedschaft in WTO. Ein hauptsächliches Ziel

der Außenpolitik, das die Ukraine vor sich in der langfristigen Perspektive stellt, ist der Beitritt zur EU. Am Beispiel Polens ist es zu bemerken, dass die Gegenwart in dieser integrativen Gruppierung große Aussichten auf die mehrdimensionale Entwicklung des Landes schafft und die Verwirklichung dieser Ziele der Außenpolitik, die die Ukraine vor sich stellt, bestimmt ermöglicht. Im Falle des Ostnachbars Polens ist die Lage jedoch komplizierter, weil dieses Land außer der Notwendigkeit der Transformation der Wirtschaft den Einfluss der Juxtaposition Russlands mit allen seinen Folgen berücksichtigen muss. Bei der Analyse der Stimmungen der Staaten „der alten Union“, und darunter vor allem Frankreichs und Deutschlands, ist es zu bemerken, dass die Möglichkeit einer möglichen Erweiterung der EU nach Osten durch die Furcht dieser Staaten vor dem Erzürnen Russlands gekennzeichnet ist. Also heutzutage ist es festzustellen, dass die Ukraine trotz der proeuropäischen Entwicklungsrichtung die Rolle „einer Überbrückung“ zwischen dem Morgenland und dem Abendland wählen soll. Solche Lage schließt diesem Staat den Weg des Eingangs zum „gemeinsamen europäischen Haus“ nicht, jedoch zu diesem Zwecke sind die langwierigen Marktformen sowie die Änderung politischer Stimmungen in Bezug auf den Ostnachbar Polens notwendig.

LITERATURVERZEICHNIS

- Chomczuk T., 2002. Analiza komparatywna rolnictwa Ukrainy i Polski na tle państw Unii Europejskiej. Rocz. AR Pozn. 343, Ekon. 1, 53-70.
- Chirac J., 2005. Wywiad. Gazeta Wyborcza z dnia 28.02.2005.
- Darski R., Paszyc E., Wiśniewska I., Konończuk W., 2007. Kolejna Bariera dla eksporterów. Tydzień na Wschodzie 7.
- Eberhard A., Guryn A., 2003. Wspólna Przestrzeń Gospodarcza (Rosja, Ukraina, Białoruś i Kazachstan). Biul. 53 (157).
- Grigoriew L., Salichow M., 2006. Ukraina: rozwój i gaz.. Rosja w globalnej polityce. Czerwiec.
- Górska A., 2006. Ukraina: Jak żyć z Rosją? Rosja: Jak żyć z Ukrainą? Kwestie energetyczne w relacjach rosyjsko-ukraińskich. Wyd. Fundacja im. S. Batorego, Warszawa.
- Hryniewski A., 2001. Charakterystyka Rosji. http://exporter.pl/kraje/k_euroa/rosja_20011.html.
- Jasiński F., 2005. Europejska Strategia Bezpieczeństwa w rok po przyjęciu. Wspólnoty Europejskie 3 (160), 16.
- Konończuk W., 2007. Perspektywy stosunków Unia Europejska-Ukraina po rozpoczęciu negocjacji nad nowym układem. Wspólnoty Europejskie 3 (184), 12.
- Lepper A., 2007. Wypowiedź. Serwis prasowy Ministerstwa Rolnictwa i Rozwoju Wsi. <http://www.minrol.gov.pl> [dostęp 15.02.2007].
- Miłow W., 2006. Stosunki ukraińsko-rosyjskie w 2006 r. i w najbliższej przyszłości II. Kwestie energetyczne w relacjach rosyjsko-ukraińskich. Rosja i Ukraina – wzajemna zależność. Wyd. Fundacja im. S. Batorego, Warszawa.
- Naszkowska K., 2007. Rosja wymusiła zakaz wwozu mięsa na Ukrainę. Gazeta Wyborcza z dnia 27.03.2007.
- Naszkowska K., 2007. Ukraina zniosła embargo na polskie mięso. Gazeta Wyborcza z dnia 15.02.2007.
- Rycombel D., 2007. Wypowiedź. Gazeta Wyborcza z dnia 15.02.2007.
- System licencjonowania importu bydła na Ukrainie. 2006. http://rzeczypospolita.pl/prawo/prawo_ru.html.
- Szeptycki A., 2007. Polityka Rosji wobec Ukrainy. Instrumenty wpływu. Wyd. PISM, Warszawa.
- Tymoszenko J., 2005. Wywiad. Gazeta Wyborcza z dnia 10.06.2005.

Wiśniewska I., 2003. Inwestycje zagraniczne w sektor naftowo-gazowy państw producentów na obszarze WNP. W: Kłopotliwe bogactwo – sytuacja i perspektywy sektorów ropy i gazu na obszarze byłego ZSRR. Prace OSW/CES Studies. Warszawa, 40.

MIEDZY WSCHODEM A ZACHODEM. KLUCZOWE PROBLEMY W RELACJACH GOSPODARCZYCH UKRAINY Z ROSJĄ I POLSKĄ

Streszczenie. Odkąd Ukraina odzyskała suwerenność państwową w 1991 roku, kraj ten znajduje się w stanie głębokiej transformacji gospodarczo-politycznej. Dodatkowo, Ukraina nosi się z zamiarem wstąpienia do Unii Europejskiej. Z drugiej strony, można zaobserwować, że ta młoda państwowość wciąż znajduje się w kręgu zainteresowania Rosji, która nie akceptuje ani politycznej ani gospodarczej suwerenności swojej byłej republiki i wywiera silną presję na sąsiada, aby utrzymać go w strefie wpływów. Napięte stosunki Ukrainy z Rosją przekładają się na kontakty bilateralne tego państwa z Polską.

Słowa kluczowe: instrumenty nacisku, niezależność energetyczna, zakaz importu polskiego mięsa, akcesja Ukrainy do Unii Europejskiej

Akzeptiert zum Drucken – Zaakceptowano do druku: 4.02.2008

Zum Zitieren – Do cytowania: Daszkowska E., 2008. Zwischen Osten und Westen. Die Wichtigsten Probleme in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und Polen. J. Agribus. Rural Dev. 2(8), 25-36.